

Landgericht München II

Az.: 4 HK O 5253/12

744314



IM NAMEN DES VOLKES

In dem Rechtsstreit

Gegen

Wegen Unterlassung

erlässt das Landgericht München II -4. Kammer für Handelssachen- durch den Vorsitzenden
Richter am Landgericht den Handelsrichter und den Handelsrichter
am 16.05.2013 auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 16.05.2013 folgendes

Endurteil

I.

Dem Beklagten wird bei Meidung eines vom Gericht für den Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu € 250.000,00, an dessen Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit eine Ordnungshaft bis zu sechs Monaten tritt, oder eine Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, zu vollziehen an dem Vorstand, für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung gemäß § 935 ff. ZPO verboten,

während des gesamten Vorgangs eines beabsichtigten Tarifwechsels oder bis zu einem etwaigen Widerruf der an die Antragstellerin durch den Versicherungsnehmer erteilten Vollmacht, Versicherungsnehmer des Antragsgegners selbst oder durch Dritte im Zusammenhang nach der Tarifumstellung nach § 204 VVG zu kontaktieren, wenn die Klägerin bereits deren Vertretung angezeigt sowie für den Versicherungsnehmer Umstellungsangebote angefordert hat und der Beklagte die Tätigkeit der Klägerin als Versicherungsmaklerin akzeptiert.

II.

Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin vorgerichtliche Anwaltskosten in Höhe von € 487,70 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit 21.11.2012 zu bezahlen.

III.

Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

IV.

Die Kosten des Rechtsstreits werden gegeneinander aufgehoben.

V.

Das Urteil ist hinsichtlich Ziffer I. gegen Sicherheitsleistung in Höhe von € 35.000,00, im Übrigen gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrages vorläufig vollstreckbar.

Tatbestand:

Die Klägerin begehrt die Unterlassung der direkten Kontaktierung von Versicherungsnehmern durch den Verfügungsbeklagten, nachdem die Verfügungsklägerin die Vertretung der Versicherungsnehmer gegenüber dem Beklagten angezeigt und für den Versicherungsnehmer Umstellungsangebote angefordert hat.

Des weiteren begehrt die Klägerin Auskunft und die Feststellung von Schadensersatz.

Die Verfügungsklägerin ist selbst Versicherungsmaklerin und verfügt über eine Erlaubnis nach § 34 d Gewerbeordnung. Sie wird von Privatversicherten beauftragt, deren gesetzliche Rechte gemäß § 204 VVG auf Tarifwechsel gegenüber den Versicherungsgesellschaften wahrzunehmen. Nach Auffassung der IHK München reicht dafür eine Erlaubnis nach § 34 d GewO aus.

Der Beklagte ist eine private Krankenversicherung. Er bietet den Abschluss privater Krankenversicherungsverträge an und übernimmt dann auch die laufende Betreuung ihrer Kunden einschließlich erforderlicher Beratungsleistungen.

Die Kläger hat keine Erlaubnis für die Tätigkeit eines Versicherungsberaters nach § 34 e GewO.

Die Klägerin bewirbt ihre Tätigkeit z. B. über die Internetseite Darin ist unter anderem ausgeführt, dass sich die Klägerin "Spezialisiert auf die Beratung von bereits krankenversicherten Personen, die aufgrund ihrer individuellen Situation die Versicherung nicht wechseln können oder wollen."

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf deren Internetseite verwiesen
gemäß Screenshots vom 10.12.2012 als Anlagenkonvolut B 1.

Die Klägerin hat am 05.03.2012 für den Versicherungsnehmer der Verfügungsbeklagten, Herrn , ein konkretes Umstellungsangebot für den Tarif SL eingefordert. Insoweit wird auf die Anlage AST 1 aus dem beigezogenen einstweiligen Verfügungsverfahren 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Hierbei hat die Klägerin auch eine Vollmacht des Versicherungsnehmers vom 27. Februar 2012 vorgelegt, mit der der Versicherungsnehmer die Führung der gesamten erforderlichen Korrespondenz hinsichtlich eines Tarifwechsels ausschließlich über die Verfügungsklägerin forderte. Wegen des Inhalts der Vollmacht wird auf die Anlage AST 2 aus der Akte 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Mit Schreiben vom 06.03.2012 schrieb der Beklagte unter Umgehung der Klägerin
unmittelbar an. In diesem Schreiben wird unter anderem mitgeteilt, dass eine Tarifumstellung, sofern diese über die Klägerin erfolgen würde, mit Kosten verbunden wäre, während die gleiche Leistung durch den Beklagten kostenfrei sei. Weiter ist in diesem Schreiben unter anderem folgender Passus enthalten:

"Falls sie keine kostenfreie Beratung durch uns wünschen und sich in den nächsten Tagen nicht bei uns melden, werden wir die angeforderten Auskünfte an den von ihnen beauftragten Versicherungsmakler bzw. -berater übersenden.

Nachfolgend möchten wir Ihnen unsere Beratungskompetenz beweisen und beantworten häufig gestellte Fragen unserer Kunden rund um das Thema "Tarifwechsel". "

Nachfolgend werden zahlreiche Fragen rund um das Thema "Tarifwechsel" aus Sicht des Beklagten und deren Beantwortungen dargestellt. Wegen des Inhalts dieses Schreibens wird auf die Anlage AST 3 aus der Akte 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Mit Schreiben vom 14.03.2012 forderte die Klägerin den Beklagten auf, es zu unterlassen, Versicherungsnehmer direkt anzuschreiben, nachdem die Verfügungsklägerin deren Vertretung gegenüber dem Beklagten angezeigt hatte. Insoweit wird auf die Anlage AST 4 aus 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Der Beklagte lehnte mit Schreiben vom 16.03.2012 die Abgabe der geforderten Unterlassungserklärung ab (AST 5 aus 4 HK O 1952/12).

Mit Schreiben vom 17.03.2012 widerrief der Versicherungsnehmer die erteilte Vollmacht für die Klägerin. Insoweit wird auf die Anlage AG 2 aus der Akte 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Im Folgenden übersandte der Beklagte die Umstellungsangebote hinsichtlich des Versicherungsnehmers nicht an die Klägerin, sondern an den Versicherungsnehmer selbst. Insoweit wird auf die Anlage AG 3 aus 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Mit Schreiben vom 22.03.2012 erklärte die Klägerin ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung, es zu unterlassen, sich als "Versicherungsberater" zu bezeichnen (AST 6 zu 4 HK O 1952/12).

Mit Schreiben vom 04.04.2012 zeigte die Klägerin gegenüber dem Beklagten unter Vorlage einer Vollmacht vom 14.03.2012 die Vertretung der Versicherungsnehmerin an und bat in deren Namen um Erstellung von Umtarifierungsangeboten für die Tarife SL sowie CLS 20. Insoweit wird auf die Anlagen AST 7 und AST 8 aus dem Verfahren 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Sowohl in dem Schreiben vom 04.04.2012 wie auch in der Vollmacht vom 14.03.2012 war die ausdrückliche Weisung der Versicherungsnehmerin enthalten, die zur Tarifumstellung "erforderliche" Korrespondenz ausschließlich mit der Klägerin zu führen.

Mit Schreiben vom 05.04.2012 schrieb der Beklagte unter Umgehung der Klägerin direkt die Versicherungsnehmerin unter der Wohnanschrift an. Hinsichtlich des Inhalts dieses Schreibens wird auf die Anlage AST 9 aus 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Mit Schreiben vom 19.11.2012 zeigt die Klägerin unter Vorlage einer Maklervollmacht vom 29.10.2012 die Maklertätigkeit für den Versicherungsnehmer an. Insoweit wird auf die Anlagen K 3 und K 4 verwiesen. Die Beklagte antwortete bereits 15 Minuten später mit der Übermittlung eines Standardschreibens vom 19.11.2012. Insoweit wird auf die Anlage K 5 verwiesen. Mit Schreiben ihrer Prozessbevollmächtigten forderte die Klägerin den Beklagten zur Übermittlung der angefragten Angebote bis zum 30.11.2012 auf (Anlage K 6).

Mit Schriftsatz vom 01.03.2012 wurden der Klägerin im Rahmen der Anlage B 12 die hinsichtlich des Versicherungsnehmers geforderten Umstellungsangebote übergeben.

Die Klägerin behauptet, entgegen der Behauptung der Beklagten habe es keine vorherige Übermittlung der Unterlagen hinsichtlich per E-Mail am 10.12.2012 gegeben.

Die Klägerin ist der Ansicht, ihr stehe gegen den Verfügungsbeklagten ein Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch gemäß § 1004 BGB analog sowie §§ 3, 5 Absatz 1 UWG zu. Zudem besitze die Klägerin Schadensersatzansprüche gegen den Beklagten aufgrund von §§ 823, 826 BGB bzw. § 9 UWG.

Das Verhalten des Beklagten zielle allein darauf ab, der Klägerin für Versicherungsnehmer des Beklagten Markt zu entziehen, was nicht nur vor dem Hintergrund des § 4 Absatz 1 VVG einen schweren Verstoß gegen die geschützten Rechte darstelle. Es sei richterlich geklärt, dass ein Versicherer aufgrund des gesetzlichen Dauerschuldverhältnisses gebunden sei, mit einem, vom Versicherungsnehmer gewählten Makler zu korrespondieren, wenn dieser mit der Vertragsabwicklung durch den Versicherungsnehmer beauftragt sei. Die Klägerin werde in wettbewerbswidriger Art und Weise auch ihrem Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb verletzt. Bei den Leistungen der Klägerin handele es sich nicht um Rechtsdienstleistungen im Sinne des § 2 Absatz 1 RDG. Zudem wäre eine Rechtsdienstleistung der Klägerin gemäß § 5 Absatz 1 RDG als Annextätigkeit erlaubt. Der Beklagte habe gemäß § 823 BGB bzw. § 9 UWG die vorgerichtlichen Anwaltskosten der Klägerin zu erstatten. Hierbei sei nach dem Interesse der Klägerin ein Gegenstandswert in Höhe von 50.000,-- € anzusetzen.

Die Klägerin ist weiter der Ansicht, dass der Klageantrag Ziffer I. hinreichend bestimmt sei. Die Maklervollmacht sei nicht auf den Schriftwechsel beschränkt. Vollmachten der Klägerin seien nicht nichtig. Eine Schadensersatzpflicht der Beklagten liege auf der Hand.

Die Klägerin beantragt zu erkennen:

I.

Dem Beklagten wird bei Meidung eines vom Gericht für den Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu €250.000,00, an dessen Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit eine Ordnungshaft bis zu sechs Monaten tritt, oder eine Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, zu vollziehen an dem Vorstand, für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung gemäß §935 ff. ZPO verboten,

während des gesamten Vorgangs eines beabsichtigten Tarifwechsels oder bis zu einem etwaigen Widerruf der an die Antragstellerin durch den Versicherungsnehmer erteilten Vollmacht, Versicherungsnehmer des Antragsgegners selbst oder durch Dritte im Zusammenhang mit der Tarifumstellung nach § 204 VVG zu kontaktieren, nachdem die Klägerin bereits deren Vertretung angezeigt und für den Versicherungsnehmer Umstellungsangebote angefordert hat.

II.

Der Beklagte wird verurteilt, der Klägerin Auskunft zu erteilen über den Umfang der Handlungen gemäß Ziffer I. seit dem 20.01.2012.

III.

Es wird festgestellt, dass der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin allen Schaden zu ersetzen, der ihr aus den Handlungen im Sinne von Ziffer I. bereits entstanden ist und / oder noch entstehen wird.

IV.

Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin vorgerichtliche Anwaltskosten in Höhe von € 888,10 nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu bezahlen.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Er behauptet, die Unterlagen bezüglich

bereits per Mail am 10.12.2012 an die Klägerin

übersandt zu haben.

Der Beklagte ist der Ansicht, dass eine Korrespondenzpflicht zwischen Versicherung und Makler nicht bestehe. Die streitgegenständlichen Informationsschreiben des Beklagten wären für den Versicherungsnehmer hinsichtlich des Tarifwechsels nicht erforderlich. Die Klägerin erbringe keine Maklerleistungen. Der Beklagte habe die erforderliche Korrespondenz ausschließlich über die Klägerin geführt. Der Klägerin stehe kein Unterlassungsanspruch aus §§ 3, 5 Absatz 1 UWG bzw. aus § 1004 BGB analog zu. Mit den streitgegenständlichen Informationsschreiben habe der Beklagte nicht gegen seine Pflichten gegenüber der Klägerin verstoßen. Die Rechtsauffassung des OLG Koblenz (NJW-RR 2004, 23, 24) sei nicht haltbar. Unterlassungsansprüchen der Klägerin gegenüber der Beklagten stehe der Einwand des Rechtsmissbrauchs bzw. der unzulässigen Rechtsausübung entgegen. Der Klägerin gehe es darum, ihre Kunden einseitig und orientiert an den eigenen Interessen zu beraten. Die Klägerin möchte dem Versicherungsnehmer Informationen vorenthalten, um ihren eigenen Ertrag zu Lasten der Versicherungsnehmer zu maximieren. Ein solches Verhalten sei unzulässig im Sinne des § 8 Absatz 4 UWG bzw. gemäß § 242 BGB einzustufen. Die Klägerin verstoße auch gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz. Die Klägerin könne sich auch nicht auf die ihr erteilte Erlaubnis nach § 34 d Absatz 1 GewO berufen. Denn sie erbringe keine Vermittlungsleistung und ihre Tätigkeit sei auch nicht darauf gerichtet, einen Versicherungserfolg zu erzielen. Der auf Unterlassung gerichtete Klageantrag sei zu weit gefasst und daher abzuweisen. Die Anwendung des Auffangtatbestandes des § 823 Absatz 1 BGB komme nur dann in Betracht, wenn es darum geht, eine regelungsbedürftige Lücke im Rechtsschutz zu schließen. Eine solche Schutzlücke würde nicht bestehen. Der Beklagte würde nicht wettbewerbswidrig handeln. Was wettbewerbsrechtlich zu lässig sei, müsse die Klägerin auch deliktsrechtlich hinnehmen.

Wegen des weiteren Sachverhalts wird auf die zwischen den Parteien gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen aus dem Verfahren 4 HK O 1952/12 sowie auf die Schriftsätze nebst Anlagen aus dem einstweiligen Verfügungsverfahren 4 HK O 1952/12 verwiesen.

Beweis wurde nicht erhoben.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage hat in der Sache teilweise Erfolg.

I.

Der Klägerin steht gegenüber dem Beklagten aus § 1004 BGB analog in Verbindung mit §§ 241 Absatz 1, 280 BGB ein Unterlassungsanspruch dahingehend zu, dass es dem Beklagten verboten ist, den Versicherungsnehmer direkt oder über Dritte zu kontaktieren, wenn die Klägerin bereits deren Vertretung angezeigt sowie für den Versicherungsnehmer Umstellungsangebote angefordert hat und der Beklagte die Tätigkeit der Klägerin als Versicherungsmaklerin akzeptiert.

1.

Denn mit der Aufnahme der Vermittlertätigkeit eines Versicherungsmaklers für einen Versicherungsnehmer entsteht zwischen dem Versicherungsmakler und dem Versicherer ein gesetzliches (vertragsähnliches) Schuldverhältnis, wenn der Versicherer die Tätigkeit des Maklers akzeptiert (vgl. OGL Koblenz, Urteil vom 21.10.2003 - 4 U 531/03 = NJW-RR 2004, 23 ff.).

Eine Akzeptierung der Tätigkeit der Klägerin als Maklerin ist in den Schreiben des Beklagten vom 06.03.2012 und 05.04.2012 enthalten. Denn in den Schreiben ist unter anderem der Passus enthalten, dass der Beklagte "die angeforderten Auskünfte an den von Ihnen beauftragten Versicherungsmakler bzw. -berater übersenden" wird.

Demgemäß hat der Beklagte in diesen Schreiben die Tätigkeit der Klägerin für ihren Versicherungsnehmer akzeptiert.

Unerheblich ist dabei, dass nach dem Schreiben dem Beklagten nicht klar war, ob die Klägerin als Versicherungsmaklerin oder Versicherungsberaterin tätig geworden ist.

Jedenfalls hat der Beklagte die Tätigkeit der Klägerin für den Versicherungsnehmer akzeptiert.

Hieraus resultiert die Pflicht des Versicherers, hier des Beklagten, mit dem Makler, hier der Klägerin, wie mit dem ersten Vermittler einer Versicherung zusammen zu arbeiten, wenn nicht gewichtige Gründe in der Person des Maklers eine Zusammenarbeit unzumutbar machen.

Demgemäß besteht eine Pflicht zur Zusammenarbeit mit dem Versicherungsmakler, die auch die sogenannte Korrespondenzpflicht umfasst, darin, die Bevollmächtigung des Maklers in allen bestehenden Versicherungsangelegenheiten zu beachten und Korrespondenz bezüglich bestehender Versicherungsverträge nur mit diesem zu führen.

Eine solche Korrespondenzpflicht besteht nach Ansicht des Gerichts auch im vorliegenden Fall, wenn sich jemand wie die Klägerin an den Beklagten mit einer eingeschränkten Vollmacht für einen Tarifwechsel gemäß § 204 VVG meldet. Denn auch dann besteht der Sinn und Zweck eines Maklervertrages für den Versicherungsnehmer darin, dass der Makler für ihn die Verwaltung des gesamten mit der Tarifumstellung erforderlichen Schriftverkehrs abwickelt. Mit der Beauftragung eines Versicherungsmaklers will der Versicherungsnehmer in aller Regel die mit seinen

Versicherungsangelegenheiten zusammenhängenden Arbeiten delegieren und selbst nicht mehr damit befasst werden, soweit dies nicht wegen erforderlicher Mitwirkungspflicht notwendig bleibt. Diesen durch die Bevollmächtigung des Maklers zum Ausdruck gekommenen Willen muss der Versicherer im Rahmen bestehender Verträge oder Vertragsverhandlungen beachten.

Unerheblich ist, dass nach Ansicht des Beklagten für diese die von der Klägerin jeweils vorgelegte Vollmacht nicht eindeutig ist.

Denn jedenfalls ergibt sich aus den vorgelegten Vollmachten eindeutig das Interesse des Versicherungsnehmers, für die Tarifumstellung erforderlichen Schriftverkehr nur mit der Klägerin auszuführen. Daran hat sich der Beklagte zu halten.

2.

Entgegen der Ansicht des Beklagten waren dessen Antwortschreiben auch für den Tarifwechsel erforderlich.

Denn in ihrem Schreiben beantwortet der Beklagte gerade zahlreiche Fragen rund um das Thema "Tarifwechsel". Gerade diese Fragen sind aber für den Versicherungsnehmer im Rahmen des Tarifwechsels wichtig und deshalb auch im Sinne der von der Klägerin vorgelegten Vollmachten der Versicherungsnehmer "erforderlich".

3.

Entgegen der Ansicht des Beklagten kann die Tätigkeit im Rahmen der Geltendmachung einer Tarifumstellung nach § 204 VVG auch von einem Versicherungsmakler vorgenommen werden. Denn nach Ansicht des Gerichts kommt durch die Geltendmachung des Anspruchs gemäß § 204 VVG letztlich ein derart veränderter Vertrag zustande, der mit einem neuen Vertrag gleichzusetzen ist.

4.

Unerheblich ist, dass die Klägerin in den von ihr vorgelegten Vollmachten sich nicht als "Versicherungsmakler" sondern als "Versicherungsvermittler" gemäß Anlage AST 8 zu 4 HK O 1952/12 bezeichnet. Denn der Begriff "Versicherungsvermittler" ist der Oberbegriff auch für den Versicherungsmakler, so dass sich daraus keine Umstände ergeben, die eine Einschränkung der Korrespondenzpflicht begründen können.

Nach Auffassung des Gerichts ist das Verhalten der Klägerin auch nicht widersprüchlich. Denn auch ein Versicherungsmakler kann unabhängig von einer Versicherung auf Provisionsbasis für einen Versicherungsnehmer tätig werden.

5.

Ein eventueller früherer Verstoß der Klägerin gemäß § 11 Absatz 1 VersVermV führt nicht dazu, dass dem Beklagten eine Beachtung der Korrespondenzpflicht unzumutbar wäre. Denn die Verwendung des Oberbegriffes "Versicherungsvermittler" führt jedenfalls nicht dazu, dass die von der Verfügungsklägerin vorgelegten Vollmachten nicht in der Weise auszulegen sind, dass der Beklagte Schriftverkehr nur über die Verfügungsklägerin zu führen hat.

6.

Unerheblich ist auch, dass die Klägerin nur eine Erlaubnis als Versicherungsmakler nach § 34 d GewO nicht gemäß § 34 e GewO hat.

Denn nach Ansicht des Gerichts erfordert die von der Klägerin vorgenommene Leistung keine Erlaubnis nach § 34 e GewO. Eine solche wäre nur dann erforderlich, wenn der Makler ein erfolgsunabhängiges Honorar für eine Rechtsberatung verlangt hätte (vgl. Pröller / Martin, Versicherungsgesetz, 28. Auflage, § 59, Rdnr. 63), nicht aber wenn - wie hier - für die Hilfe beim Abschluss eines neuen Vertrages gemäß § 204 Absatz 1 VVG ein erfolgsabhängiges Honorar verlangt wird.

Das Gericht schließt sich insoweit den Ausführungen im Urteil des Landgerichts Hamburg vom 01.03.2013, Az.: 302 O 224/12 (Anlage zum Schriftsatz der Klägerin vom 10.05.2013, Blatt 135), an. Mit dem Landgericht Hamburg ist davon auszugehen, dass sich die Tätigkeit der Klägerin im Rahmen der Norm des § 34 d GewO hält. Die Definition einer Versicherungsvermittlung im Sinne des § 34 d GewO erfordert nach Auffassung des Gerichts nicht, dass auf den Willensentschluss des vorgesehenen Vertragspartners unmittelbar oder mittelbar eingewirkt wird. Mit dem Landgericht Hamburg in der eben genannten Entscheidung ist das Gericht auch der Auffassung, dass die von der Klägerin durchgeführte Tätigkeit von der Erlaubnis nach § 34 d Absatz 1 GewO umfasst ist. Ein Versicherungsmakler darf bereits bestehende Versicherungen prüfen und inhaltliche Vergleiche anstellen. Der Versicherungsmakler darf deshalb in diesem Rahmen die Interessen des Versicherungsnehmers gegenüber dem Versicherer vertreten. Mit dem Landgericht Hamburg ist das Gericht weiterhin der Auffassung, dass sich auch aus der Regelung in § 34 d Absatz 1 Satz 4 erster Halbsatz GewO nicht ergibt, auch nicht im Umkehrschluss, dass die beanstandete Tätigkeit der Klägerin unzulässig ist.

7.

Auch die Einwendung des Beklagten, dass die Klägerin eine unerlaubte Rechtsberatung gemäß dem Rechtsdienstleistungsgesetz vornehme, greift nicht durch.

Denn nach Ansicht des Gerichts ist die von der Verfügungsklägerin ausgeführte Tätigkeit, nämlich die Hilfe von Versicherungsnehmern bei der Geltendmachung ihres Anspruchs gemäß § 204 Absatz 1 VVG, keine Rechtsberatung, sondern Hilfe bei dem Abschluss eines neuen Tarifes, und damit eine Nebenleistung zu der auf Abschlussvermittlung gerichteten Haupttätigkeit des Versicherungsmaklers und demgemäß § 5 RDG erlaubt.

8.

Unerheblich ist, ob der Beklagte nach der Vorlage der Vollmacht des Versicherungsnehmers durch die Klägerin noch berechtigt, oder - sogar - verpflichtet ist, den Versicherungsnehmer hinsichtlich des Tarifwechsels zu informieren.

Denn auch wenn der Beklagte eine derartige Beratungsmöglichkeit hinsichtlich der von ihr getätigten kostenfreien Beratung hat, hat der Beklagte diese nach einer Anzeige, wie im vorliegenden Fall, nur über die Klägerin dem Versicherungsnehmer mitzuteilen.

Eine vom Sachverhalt völlig unabhängige Zusendung von Werbeschriften, wie sie dem Sachverhalt des Oberlandesgerichts Koblenz gemäß Urteil vom 21.10.2003 zugrunde liegt, ist im vorliegenden Fall nicht gegeben.

9.

Entgegen der Ansicht des Beklagten ist der Unterlassungsantrag der Klägerin auch nicht insgesamt zu weit gefasst. Dem Beklagten ist es verboten, Versicherungsnehmer des Beklagten im Zusammenhang mit der Tarifumstellung nach § 204 VVG in der Weise zu kontaktieren, dass sämtliche mit der Tarifumstellung zusammenhängende Fragen nunmehr direkt gegenüber der Klägerin zu erörtern sind.

Das Gericht ist insoweit der Auffassung, dass die beanstandeten Schreiben inhaltlich dem Beklagten durchaus zustehen. Allerdings sind diese Schreiben über die Verfügungsklägerin dem Versicherungsnehmer zuzuleiten.

10.

Wie bereits im Verfahren 4 HK O 5614/12 von der 4. Handelskammer entschieden, ist auch das Gericht der Auffassung, dass eine Korrespondenzpflicht erst besteht, wenn der Beklagte die Tätigkeit der Klägerin als Versicherungsmakler akzeptiert hat.

Insoweit ist dem Beklagten eine Prüfungsfrist einzuräumen. Deshalb besteht die Korrespondenzpflicht nicht sofort mit Erhalt der Vollmachten der Versicherungsnehmer durch den Beklagten, sondern erst nach Akzeptierung der Tätigkeit der Klägerin als Versicherungsmakler.

Nach Ansicht des Gerichts ist es ausreichend, wenn die Akzeptierung der Tätigkeit - wie hier - in den Schreiben erfolgt, in denen der Versicherungsnehmer gleichzeitig über Leistungen des Beklagten informiert wird.

Der Unterlassungsanspruch ist daher insoweit einzuschränken, dass es dem Beklagten erst dann nicht mehr erlaubt ist, den Versicherungsnehmer direkt oder durch Dritte zu kontaktieren, wenn der Beklagte die Tätigkeit der Klägerin als Versicherungsmaklerin akzeptiert.

Einer gesonderten Antragstellung insoweit bedurfte es nicht. Der vom Gericht ausgeurteilte Anspruch ist ein Minus zu dem von der Klägerin geltend gemachten Anspruch.

11.

Insgesamt ist das Gericht der Auffassung, dass der Klägerin gegen den Beklagten ein vorbeugender Unterlassungsanspruch gemäß § 1004 BGB analog im geltend gemachten Umfang mit der vom Gericht angenommenen Einschränkung zusteht.

II.

Die Klägerin hat einen Anspruch auf Erstattung der vorgerichtlichen Anwaltskosten gemäß §§ 280, 286, 288 BGB in Höhe von 487,70 €.

Grundlage dieser Berechnung ist, dass das Gericht den geltend gemachten Unterlassungsanspruch im vollen Umfang - wie die Klägerin - mit 50.000,-- € bewertet und dass der vom Gericht letztlich aber nur eingeschränkte Zuspruch zu einem Abschlag des Streitwertes führt. Den zu Recht geltend gemachten Streitwert setzt das Gericht mit 30.000,-- € an. Eine 1,3-Gebühr aus diesem Streitwert führt zu einem Betrag von 985,40 €, zuzüglich 20,-- € Auslagenpauschale ergibt dies 987,40 €. Abzüglich der von der Klägerin selbst im Klageantrag abgezogenen 497,70 € ergibt sich ein Restbetrag in Höhe von 487,70 €.

III.

Der Zinsanspruch hinsichtlich der geltend gemachten vorgerichtlichen Anwaltskosten ergibt sich aus §§ 288, 291 BGB. Nachdem die Klage am 20.11.2012 zugestellt war, ergibt sich ein Anspruch in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit 21.11.2012.

IV.

Soweit die Klägerin darüber hinausgehende Klageansprüche geltend gemacht hat, war die Klage abzuweisen.

1.

Dies gilt zum einen bezüglich der erweiterten Antragsstellung hinsichtlich des geltend gemachten Unterlassungsanspruchs gemäß Ziffer I. des Schriftsatzes vom 23.01.2013.

2.

Des weiteren ergibt sich dies hinsichtlich der über den zuerkannten Klageantrag hinaus geltend gemachten vorgerichtlichen Anwaltskosten hinsichtlich Zinsen.

3.

Die Klage war auch abzuweisen, soweit die Klägerin Auskunft über den Umfang der Handlungen gemäß Ziffer I. und eine Feststellung der Schadensersatzpflicht geltend gemacht hat.

a)

Denn eine Auskunft über den Umfang der gemäß Ziffer I. geltend gemachten Handlungen besteht nur dann, wenn auch die Möglichkeit eines Schadensersatzanspruches besteht.

Nach Ansicht des Gerichts sind aber Schadensersatzansprüche der Klägerin bei Verletzung der Korrespondenzpflicht - ohne Hinzutreten besondere Umstände - nicht denkbar. Denn nach Ansicht des Gerichts darf der Beklagte die inkriminierten Schreiben inhaltlich dem Versicherungsnehmer zuleiten, allerdings nur über die Klägerin und nicht direkt gegenüber dem Versicherungsnehmer.

Da die Klägerin aber verpflichtet ist, derartige Schreiben auch an die Versicherungsnehmer weiterzuleiten, ist allein durch ein Verstoß gegen die Korrespondenzpflicht ein Schaden der Klägerin nicht denkbar, da es inhaltlich für den Versicherungsnehmer keinen Unterschied macht, ob er die Schreiben direkt von der Versicherung oder indirekt über ihren Versicherungsmakler erhält.

Denn der Versicherungsnehmer wird bei beiden Fallvarianten im Entscheidungsgrund flexibel sein, ob er den Ausführungen der Versicherung zu ihrer Beratung hinsichtlich eines Tarifwechsels näher tritt oder weiterhin mit der Klägerin als Versicherungsmakler zusammenarbeitet. Dabei wird für den Versicherungsnehmer auch von Bedeutung sein, ob ein Anspruch der Klägerin auf die von ihr geltend gemachte Vermittlungsgebühr bei einem Tarifwechsel auch dann bereits angefallen ist, wenn ein Versicherungsnehmer die Klägerin mit der Anforderung von Umstellungsangeboten auffordert, die Klägerin dann derartige Umstellungsangebote von einer Versicherung anfordert, der Versicherungsnehmer dann später die Vollmacht gegenüber der Klägerin widerruft und später, trotz Widerrufs dieser Vollmacht, die von der Klägerin gegenüber der Versicherung angeforderten neue Tarife annimmt.

Letztlich bleibt der Entscheidungskonflikt des Versicherungsnehmers aber gleich, unabhängig davon, von wem er die inkriminierten Schreiben erhalten bekommt.

Demgemäß ist für das Gericht - jedenfalls nicht ohne das Hinzutreten besonderer Umstände - eine Schadensersatzpflicht des Beklagten allein durch die Verletzung der Korrespondenzpflicht nicht denkbar.

Entgegen der Ansicht der Verfügungsklägerin liegt ein solcher Schadensersatzanspruch demgemäß nicht auf der Hand.

Wenn aber kein Schadensersatzanspruch besteht, hat die Klägerin auch keinen Anspruch über den Umfang der eventuell von der Beklagten vorgenommenen direkten Kontaktierungen von Versicherungsnehmern nach Vorlage einer entsprechenden Vollmacht durch die Versicherungsnehmer durch die Klägerin bei dem Beklagten.

Dementsprechend war sowohl der Auskunftsanspruch gemäß Ziffer II. des Klageantrags vom 23.01.2013 als auch die Feststellung der Schadensersatzpflicht gemäß Ziffer III. des Schriftsatzes vom 23.01.2013 abzuweisen.

V.

Soweit die Klägerin im Schriftsatz vom 23.01.2013 unter Ziffer V. geltend gemacht hat, dass der Beklagte Angebote hinsichtlich Umstellungstarife des Versicherungsnehmers übermitteln, haben die Parteien den Rechtsstreit übereinstimmend für erledigt erklärt.

VI.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 Absatz 1 ZPO. Dabei ist das Gericht davon ausgegangen, dass der Unterliegensanteil der Klägerin hinsichtlich Ziffer I. mit 20.000,-- €, die insgesamt geltend gemachte Klageerweiterung gemäß Schriftsatz vom 23.01.2013 mit 16.000,-- € gemäß Schriftsatz der Klägerin vom 01.02.2013 zu bewerten ist. Demgemäß unterliegt die Klägerin hinsichtlich Ziffer II. und III. in Höhe von insgesamt 12.000,-- €.

Hinsichtlich des geltend gemachten Anspruchs auf Herausgabe der Umstellungsinformationen bezüglich des Versicherungsnehmers (ursprünglicher Streitwert 4.000,-- €) geht das Gericht von einer Teilung der Kosten zu gleichen Teilen unter den Parteien aus, da es darauf ankommt, ob die Klägerin bereits vor Erstellung der Klage die derartigen Auskünfte per E-Mail erhalten hat. Dies ist zwischen den Parteien streitig. Demgemäß ist insoweit von einer hälftigen Teilung auszugehen.

Insgesamt setzt das Gericht deshalb die Unterliegensanteile der beiden Parteien jeweils mit ungefähr der Hälfte an, so dass gemäß § 92 Absatz 1 ZPO die Kosten des Rechtsstreit gegeneinander aufzuheben waren.

VII.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf §§ 709 Satz 1, Satz 2 ZPO.


Vorsitzender Richter
am Landgericht


Handelsrichter


Handelsrichter

Verkündet am 16.05.2013

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle